

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Welschbinder) und Stukkatoren Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Bereits-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 A.  
Ziehungs-Preisliste Nr. 8202.

Inhalt: Zur Frage des kollektiven Arbeitsvertrages. — Die Einwirkung der Krise auf das Baugewerbe. — Maurer-Bewegung: Streiks, Ausstellungen, Mahnungen. — Versammlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiter-Tätigkeit, Subventionen etc. — Unternehmer-Rundgebungen. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Vertriebswesen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

Ansicht der Herren Felsch und Genossen in erster Linie bezwecken, eine Macht zur Zerstörung der Arbeiterorganisation zu schaffen.

Es ist anders gekommen. Dieser Zweck ist nicht erreicht worden. Der Arbeitgeberbund hat Fiasko gemacht, während die Arbeiterorganisation stetig wuchs und erstarkte. Die in schweren Kämpfen zwischen Arbeitgeberbund und Arbeiterkraft gemachten Erfahrungen, die Logik der Thatsachen bewirkten, daß in den Kreisen der baugewerblichen Unternehmer mehr und mehr die nüchterne, sachliche, ruhige Ueberlegung, eine bessere Einigkeit, eine vernünftige Beurteilung der Arbeiterorganisation und ihrer Bestrebungen Platz griff. Wer die von uns mitgetheilten Ausführungen des Herrn Feuer genau durchliest, stößt auf zahlreiche Bemerkungen, welche diese Meinung bekunden. In Uebereinstimmung mit vielen seiner Standesgenossen hat Herr Feuer sich grundsätzlich für den Abschluß des kollektiven Arbeitsvertrages ausgesprochen und zwar unter ausdrücklicher Anerkennung der Arbeiterorganisation als denjenigen gleichberechtigten Faktor, welcher berufen ist, mit den koalirten Arbeitgebern die Lohn- und Arbeitsbedingungen für einen bestimmten Zeitraum zu vereinbaren. In diesem Punkte sind die Ausführungen des Herrn Feuer durchaus korrekt, ja theilweise von überraschender Logik, Schärfe und sachlicher Unbefangenheit. So besonders da, wo er den Unternehmern sagt: es sei für sie durchaus nicht entwürdigend, mit Arbeitern und Arbeiterorganisationen resp. mit deren Vertretern eifrig zu verhandeln und Verträge zu schließen. Weiterhin freilich wird er einmal sehr unlogisch und unsachlich, indem er sein Bedauern darüber ausdrückt, „daß die sogenannten neutralen Gewerkschaften im Baugewerbe, die mit einem wesentlichen Faktor zur Schaffung ordentlicher Arbeitsverhältnisse bilden können, zweifellos fast durchweg aus zielbewußten Sozialdemokraten zusammengesetzt sind“.

Wir geben dem Herrn Feuer Folgendes zu bedenken: Die Gewerkschaften, die er hier meint, die unabhängigen Arbeiterorganisationen, deren Mitglieder fast durchweg Sozialdemokraten sind, bilden thatsächlich den wesentlichen Faktor für das Zustandekommen des kollektiven Arbeitsvertrages. Andere Organisationen, die Hirsch-Dunder'schen, die „Christlichen“ etc. kommen dabei, entsprechend ihrer geringeren Stärke und Bedeutung, nur nebensächlich in Betracht. Es darf als ein Verdienst der unabhängigen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften, insbesondere der Zentralverbände der baugewerblichen Arbeiter, der Maurer, Zimmerer etc., erachtet werden, daß im Baugewerbe die Frage der Anerkennung der Arbeiterorganisation und des kollektiven Arbeitsvertrages einer vernünftigen und gerechten Entscheidung entgegengeführt worden ist. Ohne das unermüdliche Wirken dieser Organisationen würden wir jetzt nicht erleben, daß Unternehmer des Bauhandwerks, auf dessen Gebiet so lange die erbittertesten Lohnkämpfe stattgefunden haben, die Arbeiterorganisation als gleichberechtigten Vertragsfaktor anerkennen. Diese Anerkennung ist die Frucht des Kampfes der organisierten baugewerblichen Arbeiterschaft. Um solchen Kampf wider eine übermüthige Gegnerkraft erfolgreich zu führen, dazu gehören eben Arbeiter, die den Geist des demokratischen Sozialismus in sich aufgenommen haben.

Im Februar 1901 schrieben die „Mittheilungen des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten“, ein Fachblatt der organisierten Unternehmer: „Wir sind in unserer Meinung bestärkt, daß für das Baugewerbe Tarifgemeinschaften, ins-

besondere an Orten, wo dieses Institut schon verwirklicht ist, im Interesse beider Parteien gute Erfolge zeitigen können und gezeitigt haben. Für letztere Ansicht bürgt die Thatsache, daß gerade im Baugewerbe von Jahr zu Jahr mehr Verträge geschlossen werden und z. B. im Jahre 1898 allein an 189 Orten auf diese Weise die Arbeitsbedingungen festgesetzt sind.“

Es handelt sich da fast nur um Erfolge, deren die Arbeiterorganisation, in erster Linie mit der Zentralverband der Maurer, sich rühmen kann. In den meisten Fällen ist allerdings dem Vertragsabschluß heftiger Kampf vorangegangen; es war die Ausnahme von der Regel, daß die Unternehmer von vornherein freiwillig die Hand zum Abschluß geboten haben.

Daß die Tarifgemeinschaft geeignet ist, einen gesunden Fortschritt in der Entwicklung des modernen Arbeitsvertrages herbeizuführen, ist im Verlauf der letzten Jahre von Reichs-, Staats- und Kommunal-Behörden unumwunden anerkannt worden. Das Kaiserliche Kanalamt in Kiel, das preussische Handelsministerium, das großherzoglich Hessische Ministerium des Innern, das sächsische Ministerium des Innern, die Magistrate von Mainz, Leipzig, Frankfurt a. M., Hannover etc. etc. haben erklärt, daß die für Lieferung von Druckarbeiten submittirenden Firmen verpflichtet sind, die Gehälten auf Grund des deutschen Buchdrucker-Tarifs zu bezahlen.

In absehbarer Zeit wird die Aufnahme solch' einer Klausel in die Submissionsverträge allgemeine Geltung erlangen, auch im Baugewerbe. In demselben Maße, wie der kollektive Arbeitsvertrag im Baugewerbe sich praktische Geltung verschafft, werden die zur Vergebung von Bauarbeiten berufenen Behörden genötigt sein, mit den vereinbarten Arbeitsbedingungen zu rechnen, sie der Submission mit zu Grunde zu legen.

Allerdings wird die Erreichung dieses Zieles noch viele Kämpfe kosten, denn offenbar sind die zur Zeit noch einflussreichen Leiter der Händlerei im Baugewerbe, die Herren Felsch und Genossen, entschiedene Gegner des kollektiven Arbeitsvertrages geblieben. Aber auch sie werden sich dem Zwange der Entwicklung fügen müssen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß Herr Feuer den Werth seiner Ausführungen einigermaßen dadurch beeinträchtigt hat, daß er neben der Tarifgemeinschaft die Streikfahndung forderte als „das einzige Mittel zur Herstellung geordneter Verhältnisse“. Einer derartig in Frage gestellten, ja geradezu bedrohten Tarifgemeinschaft werden selbstverständlich die Arbeiter nicht zustimmen. Denn die Streikfahndung ist in den Händen gewissenloser Unternehmer die Waffe, mit der sie der Tarifgemeinschaft zu jeder Zeit ein Ende machen können.

## Die Einwirkung der Krise auf das Baugewerbe.

II.

Günstig beeinflusst im Allgemeinen wird das Baugewerbe durch den Umstand, daß die Selbstnahrung, die in den vorhergehenden Jahren, und auch noch im letzten, lähmend auf das Geschäft wirkte, befallen ist. Es kommt noch hinzu, daß theilweise ein ungeheurer Ueberschuß an Baumaterial, namentlich an Ziegelsteinen und Zement, vorhanden ist, das wie es den kapitalistischen Gepflogenheiten gemäß meist weit unter den Herstellungskosten abgegeben wird und dadurch die Verluste ausreicht. Die Produktion an Ziegelsteinen und Zement ist in den letzten Jahren in so wahr-sinniger Weise betrieben worden, daß alle Ziegeleien ungeheure Vorräthe an Steinen haben. So wird aus Wessalen gemeldet: Das rheinisch-westfälische Ziegeleigeh-nidat hat sich entschließen müssen, die Produktion für

## Zur Frage des kollektiven Arbeitsvertrages.

In voriger Nummer uns. Bl. haben wir die den kollektiven Arbeitsvertrag betreffenden Verhandlungen mitgetheilt, welche auf der dritten ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes die Ausführungen des Herrn Krans, wie die des für das Baugewerbe gepflogenen worden sind. Sowohl Herr Feuer-Berlin lassen keinen Zweifel darüber, daß in den Kreisen des baugewerblichen Unternehmertums sich ein höchst beachtenswerther Umschwung der Anschauungen in der wichtigen Frage des kollektiven Arbeitsvertrages und der damit engstens zusammenhängenden Frage der Stellungnahme zu der Arbeiterorganisation vollzieht. Fest steht, daß ein nicht unerheblicher Theil der Unternehmerverbände die Tarifgemeinschaften für durchaus zweckmäßig und vortheilhaft erachtet, und es hat erhebliche Bedeutung, daß nach den Mittheilungen des Herrn Krans besonders die Berliner Mitgliedschaft des Arbeitgeberbundes sehr energisch für eine solche Gemeinschaft eintritt, zumal damit dort, wie dieser Herr ausdrücklich betonte, bereits gute Erfahrungen gemacht wurden.

Herr Feuer hat seine, die Tarifgemeinschaft befürwortenden Ausführungen nicht ganz korrekt eingeleitet. Er erklärte: eine der Hauptaufgaben der Arbeitgeberverbände sei die Festsetzung geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen. Diese Erklärung ist eine Umschreibung der Thatsache, daß die Unternehmerkoalition seither es als ihr der Arbeitgeberautorität entspringendes Recht erachtet hat, die Lohn- und Arbeitsbedingungen willkürlich, in einseitiger Weise festzusetzen resp. dieselben den Arbeitern vorzuschreiben oder aufzuzwingen. Leichter Grundlag der vereinigten Unternehmer war bis jetzt: daß die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter nicht anerkennen sei, daß der Arbeiter in die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts hineinzuhaben habe, daß der kollektive Arbeitsvertrag und die Mitwirkung der Arbeiterorganisation für das Zustandekommen eines solchen unter keinen Umständen zugelassen werden könne. Da jedoch die Arbeiterorganisation auf ihrer Anerkennung als gleichberechtigter Vertragsfaktor für die freie Vereinbarung von Lohn- und Arbeitsbedingungen entschieden bestand, so wurde ihre rück-sichtslose Bekämpfung die Hauptaufgabe der Unternehmerverbände. Mit allen nur erdenklichen terroristischen Mitteln hat gerade die Koalition der baugewerblichen Unternehmer länger als drei Jahrzehnte hindurch sich diese Bekämpfung angeeignet sein lassen. Unter dem Vorwande, daß die Forderungen der Arbeiter „maßlos“, „unverschäm“, „unerfüllbar“, daß sie, wie die Bestrebungen der Arbeiterorganisation überhaupt, die „Frucht sozialdemokratischer Verbe-zugung“ seien, daß der Kampf gegen diese Bestrebungen gleichbedeutend sei mit einer „Vertheidigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gegen den gewaltthätigen Umsturz“, und was des demagogischen Unsinns mehr, sollte die Arbeiterorganisation „vernichtet“ werden. Auch die Gründung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sollte nach der

In Neustadt (Hollstein) stellten die Kollegen im Herbst vorigen Jahres an die Unternehmer des Verlangens, dem Stundenlohn vom 1. Januar dieses Jahres an von 35 auf 38  $\frac{1}{2}$  zu erhöhen. Daraus ist aber weder eine Antwort noch



die Bewilligung der Forderung erfolgt. Die Gesellen beschloßen daher in einer am 6. April abgehaltenen Versammlung, am Montag, 7. April, den Unternehmern den neuen Tarif zu überreichen, mit der Forderung, denselben zu genehmigen; wenn dies bis Donnerstag, 10. April, nicht geschieht, soll die Arbeit eingestellt werden.

In **Schönbürg i. M.** ist mit den Unternehmern eine Einigung dahin erzielt, daß bis zum 1. April 1903 für Privatarbeiten ein Lohn von 33  $\frac{1}{2}$  pro Stunde und von da ab 35  $\frac{1}{2}$  gezahlt wird. Wenn die Unternehmer mit der Regierung eine Verständigung über den bei fürstlichen Arbeiten zu zahlenden Lohn nicht herbeiführen können, dann wollen sie diese Arbeiten ausgeben.

Die Lohnbewegung in **Dassow** ist ebenfalls zu einem für die Gesellen günstigen Abschluß gelangt, indem die gewünschte Unterabstufung von den Unternehmern gegeben wurde.

Der Streik in **Laage i. M.** ist beendet. Der Innungsmeister Korf, der nur noch allein in Betracht kam, erklärte auf Ehrenwort, den geforderten Lohn zahlen zu wollen. Die Arbeit ist darauf am Donnerstag, 8. April, in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

Noch nicht zum Abschluß gekommen sind dagegen die Unterhandlungen in **Malchin**. Die Unternehmer drohen mit Aussperrung, wenn nicht bis zum 5. April eine Verständigung erzielt sei. Sie haben ihre Drohung aber nicht zur Ausführung gebracht, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß jeder Tag den Streik bringen kann.

In **Rassel** letzten wegen Lohn Differenzen am Montag, den 7. d. M., 16 Maurer aus dem Bau des Unternehmens Guntel vor dem Königshof die Arbeit nieder. Aber nicht nur Lohn Differenzen haben, sondern auch die Mangelhaftigkeit der Bauarbeit nebst Abort wie auch die schlechte Bauart des Treppenhauses gaben zur Niederlegung der Arbeit Veranlassung.

In **Reichem (Müllers)** haben die Maurer und Zimmerer am Dienstag, 1. April, die Kündigung eingereicht. Im Januar dieses Jahres reichten sie bei den Unternehmern eine Forderung ein, wonach die zehnstündige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 27  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  eingeführt werden sollte. Die Unternehmer hielten es nicht für nötig, hierauf zu antworten. Jetzt werden sie wohl eine Antwort geben müssen, wenn sie den Streik vermeiden wollen.

In **Wilsnack** sind die Kollegen zur Erringung des Zehn-Stundenlages in den Streik eingetreten. Die Situation ist den Streikenden günstig.

Die Aussperrung in **Salzberstadt** ist am 5. d. M. beendet worden. Es wurde eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern erzielt. Der Lohn wurde für dieses Jahr auf 40 bis 43  $\frac{1}{2}$  und für nächstes Jahr auf 42  $\frac{1}{2}$  bis 44  $\frac{1}{2}$  festgesetzt.

Die Unternehmer in **Magdeburg** haben die Absicht, ihren Arbeitern einen verschlechterten Lohnsatz aufzubringen, der ohne jede Mitwirkung der Arbeiter einfach von den Unternehmern diktiert werden soll. Um hierzu Stellung zu nehmen, fand am Mittwoch, den 2. April, eine von circa 3000 Personen besuchte Versammlung aller im Bauhandwerk tätigen Arbeiter (Maurer, Zimmerer, Kolonnenarbeiter) statt. Nach einem einleitenden Vortrage des Kollegen Koch wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

Die versammelten Maurer, Zimmerer und Kolonnenarbeiter sind der Überzeugung, daß feste Arbeitsverträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur dann gescheitert werden können, wenn sie unter beiderseitiger Anerkennung der Organisation zu Stande kommen.

Die Versammelten erklären deshalb das Vorgehen der Arbeitgeber, einen einseitigen Tarif aufstellen zu wollen, für absolut ungeeignet, gesunde Verhältnisse im Bauhandwerk zu ermöglichen, um so mehr, da der Tarif der Unternehmer, ungeachtet dessen, daß Lebensmittel und Mietpreise bedeutend gestiegen sind, eine Verschlechterung des bis jetzt üblichen Arbeitslohnes in sich birgt.

Es beauftragen deshalb die Versammelten, dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes mitzuteilen, daß die Versammelten dem einseitig aufgestellten Tarif die Anerkennung verweigern, aber bereit sind, zur Festlegung des bisherigen Tarifes in Unterhandlungen zu treten.

Weiter beschließen die Versammelten, dem Herrn Oberbürgermeister **Schneider**, unter dessen Mitwirkung im Jahre 1898 die Regelung des Lohnkampfes erfolgte, die Mitteilung zugehen zu lassen, daß die Arbeitgeber eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschließen und denselben zu erzwingen, seinen Einfluß zur Abwehr einer Lohnsenkung geltend zu machen.

Endlich beschließen die Versammelten: für den Fall, daß die Arbeitgeber die Sanktionskommission weiter ignorieren, die einzelnen Organisationsleitungen berechtigt sind, eventuell unter Anrufung des Verwaltungsgerichts, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die beabsichtigte Lohnsenkung abzuwehren.

Die Unternehmer in **Gardelegen** gehen mit der Absicht um, den Gesellen wieder die 11stündige Arbeitszeit aufzubringen. Da die Gesellen sich dieses nicht so ohne Weiteres gefallen lassen werden, ist ein Streik in nächster Zeit wahrscheinlich.

Seit dem 2. d. M. befinden die Kollegen in **Segermühle** sich im Streik. Sie fordern eine Lohnsteigerung von 40 auf 45  $\frac{1}{2}$ , einen Zuschlag für Nachtarbeiten von 5  $\frac{1}{2}$  pro Stunde, für Überstunden, nur in dringenden Fällen zulässig, 10  $\frac{1}{2}$ , für Nachtarbeiten 15  $\frac{1}{2}$  Zuschlag; außerdem sind noch einige kleine Nebenforderungen erhoben worden.

Die Maurer in **Groß-Weßen**, Kreis Teltow in der Mark, hätten beschloßen, an die Unternehmer eine Lohnforderung zu richten und zu diesem Zwecke die Lohnkommission beauftragt, die nötigen Schritte einzuleiten. Die Lohnkommission ist dem ihr gewordenen Auftrage nachgekommen und hat die Unternehmer in einem sehr höflich gehaltenen Schreiben ersucht, sich über die Forderung zu äußern. Eine Antwort erfolgte darauf nicht. Die Kommission sah sich deshalb veranlaßt, in einem Schreiben vom 22. März abermals die sehr höfliche Bitte an die Unternehmer zu richten, doch auf die Forderung eine Antwort zu erteilen. Ein Unternehmer ist dem wiederholten Drängen nachgekommen und hat auf einer Postkarte eine Antwort erteilt, die wir ihrer Originalität halber und als charakteristisches Zeichen unserer Kulturhöhe hier wort- und buchstabengetreu wiedergeben wollen.

An Carl Panitzsch, Gr.-Weßen.

Gr.-Weßen 28. 3. 02.

„Ein Maurer Weßen und umgeben auf ihr schreiben von 10. 2. 22. 3. erwidern ich habe nicht für nötig mit ihnen zu verhandeln ich bin arbeitsgeber und lohnzahler und habe

zu bestimmen und wenn das nicht paßt brauch nicht bei mir kommen ich habe noch keinen zur arbeit gezwungen auch nicht gefragt nur der hung zwingt zur arbeit. Ich bitte deshalb mir nicht mehr mit derartige Briefe zu beschäftigen widrigenfalls ich mir weiter vernehmen werde für die 60  $\frac{1}{2}$  hält ihr lieber B. gekauft. Es kan jeder anständige Geselle und arbeiter bei mir arbeit anfragen aber Faulenzer Schiffe Mägel möchten sich fern halten von Bau und von meiner Wohnung ich werde jedes ungehörige suchen mit haushmittel aufzutreiben der hunger zwingt sich eine schlimme krankheit fühl können sie nicht durch wen es nicht noch immer mildeigige Seelen gebe. Da hat sich schon mancher eine Rettungs Mobale verdient. Es grüßt

August Wiemann, Bauunternehmer.

Die Verrohung in Unternehmertreuen nimmt einen immer bedenklicheren Umfang an. Die Behörden für öffentliche Wohlfahrt und Gütlichkeit sollten endlich einmal darauf sinnen, welche Mittel und Wege einzuschlagen sind, um diesem die Staats- und Gesellschaftsordnung untergrabenden Unwesen zu steuern. Zum Wenigsten sollte dieser Mann eine längere Zeit auf seinen Gesessenzustand beobachtet werden.

In **Wathenow** sind die Maurer durch den Zimmererstreik in Mitleidenschaft gezogen. Eine Versammlung der Maurer am 2. April beschloß, sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären und keine Zimmerarbeiten während des Streiks zu verrichten.

Die Kollegen in **Bruchmühle, Alt-Landsberg, Neuenhagen** haben am 1. April die Arbeit eingestellt; sie fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes von 42  $\frac{1}{2}$  bis 45  $\frac{1}{2}$  auf 48 bis 50  $\frac{1}{2}$ . Der Streik erstreckt sich auf die Ortsgemeinden **Alt-Landsberg, Neuenhagen, Bieberg, Schönau, Hoppegarten, Fiebersdorf, Bruchmühle, Buchholz, Krumsee, Eggersdorf und Mehrow**. Vor dem Streik waren in dem Wohngebiet 67 Gesellen und Parlierer beschäftigt; 7 Parlierer, 7 Arbeitswillige und 23 Lehrlinge sind bei der Arbeit geblieben. 2 Parlierer haben jedoch erklärt, sich den Streikenden anschließen zu wollen. Am Schluß der ersten Streikmode befanden sich im Streik 20 Kollegen, davon 17 herbeikam mit 81 Kindern; 10 waren abgereist und 13 sind zu den neuen Wohnungen in Arbeit getreten. — Telegraphisch wird uns kurz vor Schluß der Redaktion mitgeteilt, daß die Kollegen in dem Wohngebiet **Wärmländer-Güldenbühl-Säcker-Weiden** sich gleichfalls im Streik befinden.

Der Arbeitgeberverband für das Bauhandwerk in **Dresden**, dessen Vorstand sich wiederholt den Anstich zu geben wußte, als habe er einiges sozialpolitische Verständnis, hat beschloßen, den Lohn herabzusetzen. Sozial hat der Unternehmerverband bei dem sächsischen Ministerium um Einführung einer Lohnsenkung in die staatlichen Submissionsbedingungen petitioniert, zu dem Zweck, eine Lohnherabsetzung seitens der unorganisierten Unternehmer zu verhindern. Das Ministerium hat leider dem im Prinzip sehr vernünftigen Ansuchen des Unternehmerverbandes keine Folge gegeben. Im vorigen Herbst hat der Vorstand des Arbeitgeberverbandes öffentlich und gethan, daß der Lohn der Dresdener Bauarbeiter nicht zu hoch und daß eine Herabsetzung des Lohnes keineswegs zu rechtfertigen sei. In einer Resolution mit den Dresdener Hausbesitzern wurde von dem Vorstande des Unternehmerverbandes förmlich geschrieben: „Man soll den Arbeitslohn in Zeiten niedriger Geschäftstätigkeit nur dann reduzieren, wenn derselbe in Zeiten hoher Geschäftstätigkeit unerschaffbarmäßig gesteigert worden ist, damit der Arbeitsmann, der durch die vermehrte Arbeitslosigkeit schon einmal geschlagen wird, nicht doppelte Schädigungen erfährt.“ Die Frage, ob in **Dresden** der Lohn für die Bauarbeiter unerschaffbarmäßig in die Höhe getrieben worden ist, wurde von dem Vorstande des Unternehmerverbandes rückfalsch verneint.

Trotz alledem hat nun doch der Arbeitgeberverband beschloßen, den Stundenlohn um 3  $\frac{1}{2}$  zu reduzieren, denn etwas Anderes besagt es nicht, wenn den Mitgliedern des Verbandes durch Beschloß einer kürzlich stattgefundenen Generalversammlung gestattet sein soll, die Grenzen der Lohnzahlung für Maurer und Zimmerer von 43–45  $\frac{1}{2}$  auf 40–45  $\frac{1}{2}$  zu erweitern. Und der Vorschlag zu dieser Lohnreduktion ist nicht etwa aus der Mitte der Generalversammlung gekommen, sondern der von „sozialpolitischer Erkenntnis“ durchdränkte Vorstand des Verbandes hat selbst diesen Antrag gestellt, nachdem in einer Vorstandssitzung ein diesbezüglicher Vorschlag einstimmig zum Beschloß erhoben war. Die Vorstandserklärung lautet wie folgt:

„Der Arbeitgeberverband hat trotz der seit circa 1½ Jahren währenden rückläufigen Konjunktur die Arbeitslöhne auf der Höhe belassen, wie dieselben in der Hochkonjunktur stehen geblieben sind, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Arbeitslöhne sind auch in der Hochkonjunktur am tiefsten nie unerschaffbarmäßig in die Höhe gedrückt worden, sondern dieselben haben höchstens mit der aufsteigenden Bewegung der Lebensmittel- und Mietpreise gleichen Schritt gehalten. Die Lebensmittelpreise sind aber bis jetzt noch nicht gestiegen und die Mietpreise für kleine Wohnungen, wie dieselben von den Bauhandwerkern bezahlt werden können, sind wohl nur ganz vereinzelt zurückgegangen. Aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen also ist es geboten, eine Lohnreduktion hinauszufallen.

Der Arbeitgeberverband hat sich viel Mühe gegeben, bei den Staats- und städtischen Behörden, bei deren Wäuten eine Lohnsenkung zur Annahme zu bringen, die dem Unternehmer verbietet, unter einem bestimmten Lohne zu zahlen; die darauf hinaus gehenden Petitionen an das Finanzministerium und die Stadtgemeinde sind jedoch glatt abgelehnt worden.

Ebenso wenig hat der Arbeitgeberverband seitens der Arbeiterchaft selbst in seinem Weststreben, den Lohn auf der jetzigen Höhe zu erhalten, Unterstützung gefunden. Die Arbeiterorganisationen haben sich zwar allemal an den Verbandsvorstand gewendet, wenn ein Mitglied des Verbandes einen geringeren Lohn zahlte, worauf dann seitens des Vorstandes jedesmal mit Erfolg die festgesetzten Löhne zur Geltung gekommen sind. Dieselben Arbeiterorganisationen aber sind nicht in der Lage gewesen und haben es meist auch garnicht versucht, die diesen Wäuten zu überren, wo von Unternehmern, welche dem Verbands nicht

angehören, 5  $\frac{1}{2}$  weniger als der Verbandslohn, gezahlt werden.

Ebenso wenig haben die Arbeiterorganisationen versucht, im Verein mit der Arbeitgeberorganisation gegen solchen Rath oder Verbindung zu suchen, wie dem Gegenstande der Löhne zu steuern sei.

Eine Folge der strengen Lohnpolitik des Verbandes ist die Thatsache, daß die Mitgliederzahl des Verbandes um circa 25 pSt. zurückgegangen ist.

Nach alledem ist der Verband der Arbeitgeber für das Bauhandwerk zu **Dresden**, will er nicht seine ganze Organisation in Frage stellen, nicht in der Lage, so wie bisher einen Druck auf seine Mitglieder bezüglich der Lohnsätze auszuüben. Die Generalversammlung wollte daher beschließen, die Grenzen etwas weiter zu stellen und den Lohn auf das Jahr 1902 für Maurer und Zimmerer auf 40–45  $\frac{1}{2}$  pro Stunde (bisher 43–45  $\frac{1}{2}$  pro Stunde) und für Bauarbeiter auf 30–33  $\frac{1}{2}$  pro Stunde (wie bisher) festzusetzen, steht jedoch, wie bisher, auch heute noch auf dem Standpunkte, daß Lohnreduzierungen am hiesigen Platze ganz unabweisbar sind.

Dieser Vorschlag des Vorstandes ist, wie gesagt, von der Generalversammlung zum Beschloß erhoben worden. Dies ist ja nichts Neues. Das rückständige Unternehmertum wird immer versuchen, sich auf Kosten der Arbeiterchaft schablos zu halten. Das Verblüffende bei der ganzen Geschichte ist, daß der Vorstand diesen Beschloß nach Kräften gefördert hat, derselbe Vorstand, der mit so vielen schönen Worten dargehen hat, eine Lohnreduktion sei in **Dresden** garnicht zu rechtfertigen, der einen solchen Schritt geistlichmaßen als unmoralisch hingestellt hat. Der von dem Dresdener Unternehmerverband gefasste Beschloß bestätigt mit aller Deutlichkeit, daß dem Verband jede sittliche Grundlage fehlt, nur der nackte Egoismus kann die Leute zusammenhalten. Nach der Einsicht des Vorstandes muß man zu der Überzeugung kommen, daß der ganze Unternehmerverband auseinandergefallen wäre, wenn der Beschloß, die Löhne zu reduzieren, nicht zu Stande gekommen wäre.

Was der Vorstand des Unternehmerverbandes über die Tätigkeit unserer Organisation sagt, beruht auf Unwahrheit. Die im Verbands organisierten Dresdener Maurer resp. die zur Leitung derselben bestimmten Kollegen haben es nicht nur versucht, sondern sind auch in der Lage gewesen, die von den unorganisierten Unternehmern geplanten Lohnreduzierungen ganz energig zurückzuweisen. Zu diesem Zweck wurden im April und Mai des vorigen Jahres die Wäuten von 15 Unternehmern gesperrt, und der Erfolg war, daß diese Unternehmer nicht nur den üblichen Lohn (43 bis 45  $\frac{1}{2}$ ) zahlten, sondern auch sonstige Wohlthätigkeiten beisteuerten. — Sittliche Erfahrungen dürften jetzt wohl auch die Bundesmeister machen, denn die Dresdener Maurer und Zimmerer werden keineswegs geneigt sein, sich den an und für sich niedrigen Lohn noch kürzen zu lassen.

In **Schneidemühl** wird es wahrscheinlich zu einer Aussperrung kommen. Die Unternehmer suchen sich ihren vertraglich eingegangenen Verpflichtungen, wonach sie vom 1. April an einen Stundenlohn von 40  $\frac{1}{2}$  zu zahlen haben, dadurch zu entziehen, daß sie zahlreiche Arbeitskräfte von auswärts heranziehen und die einheimischen Gesellen auf die Straße legen.

In **Posen** sind die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband am 27. März resultatlos beendet worden. Die Unternehmer waren nicht geneigt, irgend welches Zugeständnis zu machen, sie wollten nur den bisherigen Tarif (41 bis 43  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn) auf ein Jahr verlängern. Als Grund für die Ablehnung wurde ungenügende Arbeitslosigkeit vorgebracht. Die Unternehmer bemühen sich, Zugunsten massen heranzuziehen; in der letzten Woche sind besonders viele Maurer aus Oberschlesien angekommen, aus welcher Gegend sonst in Posen gar keine Maurer angetreten waren.

## Zur Beachtung!

Für das tschechische Böhmern erledigt Anfragen und Maßnahmen betreffs Fernhaltung des Zuganges Kollege **Anton Erba** in **Obersorbe-Edruzeni, Prag II, Miskigasse Nr. 1959.**

## Versammlungen und sonstige Bewegung.

Befellungen auf die Nr. 8 des „L'Operato Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 14. April, eingegangen sein. Später einlaufende Befellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstag früh gedruckt wird.

Alle Zuschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richten man direkt an die Redaktion des „L'Operato“: **E. Legien, Samburg-St. Pauli, Markstr. 15, 2. Et.**

## Bekanntmachung.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand beufen wir zum **27. April** die diesjährige Konferenz für den **Gau Leipzig** ein. Dieselbe findet in **Altenburg, Osthof** zum „Goldenen Adler“, Kesselfgasse, Vorm. 10 Uhr, statt. Als vorläufige Tagesordnung wird festgesetzt: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren; 2. Situation im Bauhandwerk; 3. Verschiedenes; 4. Neuwahl des Gauvorstandes.

Die Wahl der Delegierten im Königreich **Sachsen** hat in öffentlichen Versammlungen zu erfolgen, in den übrigen Orten in Mitgliederversammlungen der Zweigvereine.

Jeder Delegierte muß mit einem **Mandat** versehen sein. Im Königreich **Sachsen** ist dasselbe von dem Bureau der Versammlung, in den übrigen Orten vom



J. A.: Gust. Jacob, Vorsitzender.

Der Zweigverein Senftenberg wurde 1900 gegründet und betrug die Mitgliedszahl am Schlusse desselben Jahres 150—1

[illegible]

Der Zweigverein Saniburg hat im Jahre 1901 23 Mitgliederverammlungen abgehalten. Vorstandsstellungen füllten 56-Patt, davon 13 mit anderen Gewerkschaften. Zu bemerken ist, daß das Waudelegiertenwesen nicht solche Fortschritte machte wie man erwarten sollte. Angemeldet waren für die laufende Jahre 447 Delegierte abgemeldet 381. Durchschschnittlich war jeder derselben 9,3 Wochen Delegierter. Einkünfte der Waudelegierten fanden 11 Patt. Weiter wurden im vorigen Jahre 22 Sperren verhängt, wovon 6 wieder aufgehoben



worben konnten. Auf 10 Bauten fanden Arbeitsstellen  
statt wegen schlechter Behandlung, und auf 4 wegen Lohn-  
freizügigkeit. Die Gesamtkosten der Sperrchen betragen  
M. 1208,10. Außerdem verursachte der Streik der Bau-  
arbeiter M. 484,01 Kosten. In 180 Fällen mußte ein Mit-  
glied des Vorstandes an den Bau kommen, um Differenzen  
zu schlichten. Nachschuß erhielten 21 Kollegen mit einem  
Kostenanwachs von M. 648,43. Reiseunterstützung wurde an  
950 Mitglieder im Gesamtanwachs von M. 775,60 aus-  
bezahlt. Der Mitgliederbestand betrug, nach den verlaufenen  
Monaten berechnet, 2588, gegen das Vorjahr ein Mehr von  
210. Neu aufgenommen wurden 388, abgemeldet 760, ab-  
gemeldet 451, zum Militär eingezogen 30, vom Militär ent-  
lassen 12, ausgeschieden 93, ausgestreift 76, gestorben sind 21,  
wegen Schulden getrieben 51, die Baufache besuchten 8,  
Extramitglieder sind 17, Invaliden 23. Die Korrespondenz  
war eine große; es gingen ein 1010 Postkarten, aus gingen  
1811 und 3900 Drucksachen. Die Massenverhältnisse ge-  
stalteten sich wie folgt: Einnahme und Ausgabe für die Haupt-  
kasse M. 31 526,45. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von  
M. 14 405,79, eine Ausgabe von M. 13 886,53. Der Lokal-  
fonds hatte eine Einnahme von M. 11 748,03, eine Ausgabe  
von M. 11 702,49. Das Vermögen des Lokalfonds beträgt  
M. 8900. Die persönlichen Verwaltungskosten betragen pro  
Mitglied M. 1,40, gegen das Vorjahr ein Mehr von M. 0,05.  
Am Schlusse des Jahres waren 32,21 pSt. der Mitglieder  
Restanten, im Vorjahre 31,15 pSt. Die Steigerung der per-  
sönlichen Verwaltungskosten ist darauf zurückzuführen, daß  
in dem Berichtsjahre fast ständig ein Mitglied des Vorstandes  
auf dem Baustellen sein mußte, um Differenzen zu schlichten,  
oder um die Kollegen persönlich aufzufordern, einen Bau-  
bescheid zu erteilen. Die Hausaufsicht hat ein über alles  
Erwartetes günstiges Resultat ergeben.

Am 28. März wurde die Mitgliederversammlung am 28. März wurde  
ausgeführt, die vom Hauptvorstande herausgegebene  
Beschlüsse: „Minimallohn und Maximalarbeitszeit“, auf  
Kosten des Zweigvereins anzuschaffen und an die Mitglieder  
unentgeltlich zu verbriefen. Zur Verhütung der Wieder-  
aufnahmeanträge hatte der Vorstand folgenden Antrag auf  
Bescheid der letzten Versammlung eingebracht: 1. Jeder  
Kollege, der ausgeschlossen worden ist, darf keine Wieder-  
aufnahme beantragen, erhält vom Ausschuss eine Legitimation,  
daß er sich zur Wiederaufnahme gemeldet hat, die aber nur  
bis zur nächsten stattfindenden Versammlung gilt. 2. Um  
nicht in jeder Versammlung die langen Debatten zu haben,  
wobei die anderen Geschäfte leiden, soll nur in jedem Monat  
eine Versammlung stattfinden, die sich mit diesem Punkt beschäftigt. 3. Die  
Ramen aller Kollegen, die sich in diesem Zeitraum gemeldet  
haben, sind in der Versammlung zu verlesen, und dann wird  
über sie in corpore diskutiert und abgestimmt. Dieser Antrag  
wurde fast einstimmig, ein weiterer Antrag von Kober  
ebenfalls, und schließlich wurden beide Anträge abgelehnt.  
Zehn Wiederaufnahmeanträge waren zu erledigen, zwei  
Kollegen (siehe oben) aus wegen Nichterscheinens, während  
die anderen nach kurzer Diskussion, und nachdem sie in  
schärfer Weise auf ihr unzulässiges Verhalten aufmerksam  
gemacht waren, wieder aufgenommen wurden, und zwar:  
Gentzel, Scher, Melville, Gemme, Tatura, Zelos, Trost, je  
und Wogge. Den Bericht über die Tätigkeit der Bauarbeiter-  
schutzkommission erstattete Kober. Nachdem er die Zahl der  
vorgekommenen Mißstände und Unfälle vorgeführt, sowie  
in großen Zügen die Ursachen und eventuelle Verhütung  
derselben besprochen hatte, machte er den diesjährigen Arbeits-  
plan der Kommission bekannt. Es sollen namentlich Ge-  
gehungen über den Tiefbau und den Eisenkonstruktionsbau  
vorgenommen werden. Ferner wird die Kommission sich  
eingehend mit den Berufskrankheiten beschäftigen, hierüber  
genaueres statistisches Material sammeln und zum Nutzen der  
Allgemeinheit veröffentlichen. Die Kommission wird auch in  
nächster Zeit ein kleines Handbuch in Taschenformat heraus-  
geben, durch welches den sämtlichen im Bauhandwerk tätigen  
Personen die Unfallverhütungsvorschriften, baupolizeilichen  
Bestimmungen, Anleitung zur ersten Hilfe bei Unfällen etc.  
zugänglich gemacht werden sollen. Die Verwendung für den  
Monat Februar ergibt für die Hauptkasse eine Einnahme  
und Ausgabe von M. 1090,20, für die Lokalfasse eine Ein-  
nahme von M. 1310,20, eine Ausgabe von M. 621,35. Der  
erlt vor Kurzem wieder aufgenommenen Parier Cordes hat  
sich jetzt schon wieder, trotz gegenteiligen Versprechens in  
der Versammlung, in einer Weise gegen die Kollegen und den  
Verband benommen, daß seine Wiederaufnahme annulliert  
werden mußte.

Arbeitslosenstatistik des Zweigvereins Hamburg für  
Monat Februar 1902. Von 2818 Mitgliedern wurden  
1908 befragt. 491 Mitglieder hatten in diesem Monat nicht  
gearbeitet. Wegen Arbeitsmangels fehlten 590 Mitglieder zu-  
sammen 9284 Tage. Der ungünstigen Witterung wegen mußten  
899 Mitglieder 11 601,25 Tage ausfallen und wegen Krankheit  
fehlten 86 Mitglieder 1883,5 Tage. Ein Vergleich mit dem  
selben Monat des Jahres 1901 giebt folgendes Bild:

I. Voll gearbeitet:

Jahr	Zahl der Mitglieder	Beitrag	Nicht gearbeitet	In Prozenten
1901	2278	1788	244	14,80
1902	2218	1906	491	22,76

II. Nicht voll gearbeitet:

Jahr	Beitrag	Zahl der Mitglieder	Beitrag	Zahl der Mitglieder
1901	1526	2784,5	88,05	M. 134767,88
1902	1415	22818,75	74,24	108290,55

Durchschnittlich fehlten die unter II in Frage kommenden  
Personen im Jahre 1901: 16,25 Tage, 1902: 15,70 Tage.

III. Davon haben wegen Arbeitsmangels gefehlt:

Jahr	Personen	Tage	Durchschnitt
1901	702	18170	18,76
1902	530	9284	17,52

IV. Ferner mußten ausfallen:

a) wegen ungünstiger Witterung:	b) wegen Krankheit:
Personen	Personen
1901 788	1783,5
1902 899	11601,25

Durchschnittlich fehlten die unter a) festgestellten Personen  
1901: 17,91, 1902: 18,99 Tage; die unter b) festgestellten Personen  
1901: 15,60, 1902: 15,51 Tage.

Am 28. März fand in Hellingenhausen eine Maurer- und  
Zimmererversammlung statt, in welcher der Gesellenauschuss  
über die Verhandlungen mit den Meistern berichtete. Die

Forderungen der Gesellen sind, außer einigen Ausnahmen,  
angenommen, so daß der Lohnsatz jetzt wie folgt lautet:  
Der Stundenlohn beträgt 40 S. Bei Ueberstunden, Wasser-  
arbeiten sowie Reparaturen an den Motoren der Gasanstalt  
10 S. bei Nachtarbeit 15 S. Aufschlag. Bei Landarbeit wird  
der Stundenlohn der Arbeitszeit gemindert. In den Abenden vor  
den Festtagen ist eine Stunde früher Feierabend, ohne Lohn-  
abzug. In die Landmeister waren dieselben Forderungen  
gestellt wie an die Stadmeister, sind aber abgelehnt worden.  
In einer früheren Versammlung war der Stundenlohn schon  
auf 38 S. heruntergesetzt, aber dennoch abgelehnt worden.  
Es wurde beschlossen, an der Forderung von 38 S. festzuhalten  
und über die in Frage kommenden Plätze die Sperre zu ver-  
hängen, und wurden zwei Zimmerer und zwei Maurer als  
Kontrollanten gewählt. Der Baugewerksinn wurde fol-  
gendes Schreiben übermittelt: „Die heutige Versammlung der  
Maurer und Zimmerer Hellingenhausen und Umgegend hat nach  
reiflicher Überlegung den Gesellenauschuss beauftragt, die  
Annung zu benachrichtigen, daß über diejenigen Landmeister,  
welche den Minimallohn von 38 S. nicht zahlen, am 5. April  
die Sperre verhängt wird.“

Aus Koblenz wird uns geschrieben:  
Systematisch wird versucht, die Gewerkschaftsbewegung  
in Koblenz zu isolieren und ihre weitere Ausbreitung zu  
hindern. In diesem Kampfe bildet die Dreieinigkeit: Unter-  
nehmerthum, Geistlichkeit und Polizei, eine geschlossene Phä-  
nomen, der sich in neuerer Zeit sich „christlich“ nennende Ge-  
werkschaftler widrig gegenüberstellen. Diese in Koblenz herrschende  
Dreieinigkeit von Geldgünstigen, die es verstand, Jahre-  
schätze lang die Arbeiter im Namen des Christentums aus-  
zuheulen in unermesslich langer Arbeitszeit bei einem kleinen  
Lohn, scheint gegenwärtig in die Wüste gehen zu wollen.  
Deswegen wird versucht, die wackelige geordnete Herrschaft  
von Neuem mit allen verfügbaren Mitteln zu befestigen, ganz  
gleich, ob sie mit den herrschenden Moralanschauungen in  
Einklang zu bringen sind oder nicht, ob die Kampfesweise eine  
„christliche“ oder unchristliche ist. Die Koblenzer Arbeiter, die mit  
Ausdauer die schwere Bürde der Unterdrückung tragen, sind  
daran überdrüssig und sehnen den Moment herbei, wo sie  
frei aufstehen können. Das Unternehmertum aber, das  
immer aus dem vollen Schilde und den ganzen durch Arbeit  
geschaffenen Reichtum in seine Taschen stecken liebt, denkt  
nicht an seine Arbeiter und würde sie auch für alle Zukunft  
vergessen und weiter hungern lassen, wenn nicht endlich die  
Arbeiter zur Erkenntnis gekommen wären. In diesem  
Moment des Erwachens zeigt sich so recht, wo die wirklichen  
Arbeiterfreunde zu finden sind. Diejenigen, und Allen voran  
die Geistlichkeit, die Jahre lang die Wacke der Arbeiter-  
freundlichkeit trugen, machten anfänglich ein ganz dummes  
Gesicht, als sie ihnen das Elend der Arbeiter vollends un-  
bekannt machten. Aber bald küßten sie den Scheiter und  
zeigten, aus welchem Grolle sie geschäft sind. Mühsig kletterten  
sie in die Arena, um den in Gefahr gekommenen geistlichen  
Proff des Unternehmertums zu verhehlen. Insaft dem  
Arbeiter in seinem Befreiungskampfe im Namen der christ-  
lichen Nächstenliebe beizupringen und mit Rat und Tat  
zu unterstützen, für die Ausrottung dieses unchristlichen  
Zustandes einzutreten, haben die Gelben des Christentums  
sich würdig durchgeschlagen zu den Unternehmern und sind  
mit ihnen ein Herz und eine Seele.

Das ist die Komödie, die sich gegenwärtig dem Auge  
darbietet. Die Arbeiterfreundlichkeit, die Kapitalisteninteressen  
Mit dieser Doppelmehr glaubte man auch ferner die  
Koblenzer Arbeiter bemögen zu können. Aber der Strich geht  
so lange zum Brinnen, bis er bricht; und nun stehen die  
„edlen“ Herzen mit ihren zerbrochenen Krügen am Brinnen  
und begießen schwere Krollschicksale darüber, daß die  
Koblenzer Arbeiter nicht mehr die Betrogenen sein wollen.

Es ist ein recht anmutendes Bild, wenn's nicht eine  
jämmerlich elende Komödie wäre. Auf der einen Seite werden  
dem Zentralverband alle Lokale in Koblenz und Umgebung  
abgetrieben, um den Streikstempel der Arbeiter zu hin-  
dern, und auf der anderen Seite wird die christliche Organi-  
sation gepöppelt und gepflegt wie ein Schachopfer, um  
denselben Kampf derselben Arbeiter zu fördern. Daß die  
Geistlichen besonders hülfbereit beizupringen, ist bereits ge-  
sagt, aber auch das „gute“ Herz der Unternehmer schlägt  
höher. Parier und das Vertrauen der Unternehmer ge-  
neigende Maurer werden — soweit sie es sich gefallen lassen  
— für die christliche Organisation obmannet. Sollten die  
Koblenzer Maurer nun noch nicht begreifen, was arbeiter-  
freundliches Herz die Koblenzer Arbeitgeber beissen? Dann  
ist ihnen wahrlich nicht zu helfen. Doch alle Bemühungen sind  
vergeblich! Die Koblenzer Maurer sind hartnäckig und trotzig  
und agitiert um so eifriger für den Zentralverband der  
Maurer Deutschlands. Darob möchte der Himmel sich er-  
barmen. Das Vertrauen ist dahin, und die Koblenzer Maurer  
wissen, was sie von ihren Feindern zu erwarten haben: Aus-  
beutung und Knechtung.

Jetzt erscheinen nun die christlichen Gewerkschaftler und  
wollen die Maurer in ihren Schut nehmen. Selbstredend  
erleben alle Bemühungen bis dato erfolglos. Wer in einer  
Gewerkschaft so zweifelhaften Charaktere erscheint, muß Miß-  
trauen erregen.  
Einen solchen Anblick berechtigten Mißtrauens gewährte  
auch eine von den Geistlichen einberufene öffentliche Maurer-  
versammlung am 16. März in Wehrden. Nachdem das  
Bureau von Verbandskollegen gebildet, erhielt der christliche  
Kollege Weder aus Köln das Wort zu seinem Vortrage über:  
„Zweck und Nutzen der Organisation“. Die Ausführungen  
waren sachlich gehalten gegenüber einer Versammlung in  
Güls am 28. Februar, wo der christliche Redner Kuchel aus  
Köln die Sozialdemokratie maßlos redete. Weder hatte  
gerade, das die Trauben, die er in Wehrden holen sollte,  
zu sauer waren. Zum Schluß forderte er die Majorität der  
zum Ansehen an die bestehenden Organisationen auf. Als  
erster Diskussionsredner erhielt Kollege Güttmann aus  
Frankfurt a. M. das Wort. Weder war der Meinung, daß  
die Ausführungen Weders recht lahm aber auch mit der Ver-  
sammlung im Widerspruch ständen. Blüthke Weder die  
Einigkeit in Koblenz unter den Maurern, wie er ausführt,  
dann hätte er in Köln bleiben sollen, denn die Versammlung  
ist nur zu dem Zweck einberufen, um die Einigkeit zu fördern.  
Er bekräftigt den christlichen Kollegen überhaupt, und besonders  
denen in Koblenz, das Recht der Organisation, um die Inter-  
essen der Arbeiter zu wahren; auch ihr Auftreten in Koblenz  
ist abgelehnt und nicht nur dem Unternehmertum, wenn  
gewisse Personen seit Weihnachten alle Sonntage in der

Kirche von der Kanzel herunter den Verband belächeln. So  
seien die Liebesbeziehungen von dieser Seite, in deren Ge-  
folge die Geistlichen erscheinen, rein platonisch und könnten  
von den Koblenzer Kollegen nicht ernst genommen werden.  
Die Geistlichen gehörten überhaupt nicht in die Gewerks-  
chaftsbewegung hinein und wenn sie die Arbeiter in ihren  
Kämpfen gegen das Unternehmertum unterstützen wollten,  
dann sollten sie wenigstens Ehrlichkeit zeigen und nicht durch  
Sonderbündel die Einigkeit fälschen. Einigkeit ohne Einigkeit  
sei Sumbog und könne nicht scharf genug gebrauchsmacht werden.  
Heute werde die „Religionsfeindlichkeit“ des Verbandes  
die Festartikel im „Grundstein“ als Ursache angegeben und  
morgen sei es etwas Anderes. Immer würden neue Gründe  
herbeigeschleppt, um diese „arbeiterfeindliche Sonderbündel“  
zu rechtfertigen. Den Gründern sei es auch weniger um die  
Organisation der Arbeiter zu thun, als die Arbeiter von der  
wahren Aufgaben des Kampfes abzuwenden. Und wenn dies  
nicht gelinge, sei der Streich da, wie in Düsseldorf. In seinen  
Gewerkschaften sei der freien Meinung, der Glaubensfreiheit,  
so weiter Spielraum gelassen, als in den freien Gewerks-  
schaften, mindestens könnten sie den Christlichen als Muster  
dienen. Weder sollte ihm einen Einigen nennen, der wegen  
seiner religiösen Anschauungen in den freien Gewerkschaften  
terrorisiert worden sei, dazu sei er schmerzlich in der Lage.  
Auch wegen der Festartikel fühle sich kleiner bedrückt; es sei  
nur ein Kampfobjekt, welches durch die Geistlichkeit mit den  
Saaren herbeigekert, um den im Verhältniß begriffenen  
Einfluß neu zu reparieren. Ein Festartikel, von dem sich  
kein Arbeiter bedrückt fühle, sondern der nur geeignet sei,  
den Einfluß der Geistlichen im Interesse des Klassenkampfes  
zu befestigen, dürfe niemals Ursache sein, die Einigkeit der  
Arbeiter zu stören und Millionen zum Hungern zu bringen.  
Man gehe sogar noch weiter in dieser Richtung, diesen Kampf  
in die Familien hineinzufragen: Die Frauen würden gegen  
ihre eigenen Männer ausgeht. Dies könne niemals christ-  
liches Prinzip sein; die freien Gewerkschaften würden dieser  
Spuren nicht folgen, die sich jeder anständigen Mensch vertragen  
müsse. Wer uns entgegenstehe, sei der Feind der Arbeiter  
und müsse bis zum äußersten bekämpft werden. Stillschweigen  
Weser folgte diesen Ausführungen. In ähnlicher Weise  
äußerten sich die Kollegen Weder und Sabel, die ebenfalls  
lebhaften Beifall erzielten. In seinem Schlußwort suchte  
der Referent die schwersten Angriffe herabzumildern. Er  
habe durch sein Erscheinen nur einer Aufforderung Folge  
gegeben, die von Wehrden aus an ihn erfolgt sei. Die Auf-  
forderung, den bestehenden Organisationen beizutreten, habe  
dem Zentralverband wie dem christlichen Verband gegolten.  
Das Resultat der Versammlung war, daß sich eine Anzahl  
in den Verband aufnehmen ließ, während die Christlichen wie  
die betäubten Lohndrücker dreinschauten. Unter diesen befand  
sich auch ein Maurermeister Naß, der in der Versammlung  
als ein Lohndrücker entlarvt wurde. Unseren Koblenzer  
Kollegen wird die Versammlung ein neuer Ansporn zur  
Agitation sein.

Die letzte Mitglieder-Versammlung des Zweigvereins  
Norden am 28. März war sehr zahlreich besucht. Anlaß zu  
dieser regen Beteiligung gab wohl der Umstand, daß am  
Sonntag vorher eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung  
mit der Angelegenheit des weiteren Ausbaues des Bauarbeiter-  
schutzes beschäftigt. Die Kollegen sehen wohl ein, daß  
nicht viel Gutes dabei herauskommt, wenn sie sich gleichwohl  
auf die Bärenhaut legen, d. h. Heilmittellos Alles an sich vor-  
überziehen lassen, wo sie sich in's Mittel legen sollten, damit  
Besseres geschaffen werden kann. So ist denn auch in dieser  
Versammlung ein Schritt vorwärts gemacht worden. Die bis-  
her gewählten Beauftragten nahmen ihre Sache garnicht ernst  
genug, wenigstens verpörrte man blühend von ihrer Tätigkeit.  
Das soll nun anders werden. Sie sind verpflichtet worden,  
fernerhin allmonatlich einen schriftlichen Bericht an den Vor-  
sitzenden abzugeben, überhaupt alle Vorkommnisse und Unreg-  
elmäßigkeiten baldmöglichst zur Kenntnis des Verbandsvorstandes  
zu bringen. Die Lohnkommission erstattete Bericht über die  
Verhandlungen mit der Meisterchaft. Da in diesem Jahre eine  
Mehrforderung nicht gestellt war, so sind Lohn- und Arbeits-  
bedingungen dieselben geblieben. Es wird Sade der beifelligen  
Kollegen sein, durch den weiteren Ausbau der Organisation  
dafür Sorge zu tragen, daß in Betreff des Arbeitsverdienstes  
ein Arbeiterlohn in nicht allzu ferner Zeit weitere Fortschritte  
gemacht werden. Deshalb, frühlich in diesem Frühjahr zu neuer  
organisatorischer Tätigkeit, zu neuem Schaffen und Bollbringen.  
Die Versammlungen beginnen jetzt wieder Nachmittags 6 Uhr,  
und jeder von Euch muß doch wohl ein paar Stunden Zeit übrig  
haben und da lernen, im Kreise seiner Berufscollegen sich heimlich  
zu fühlen.

Der Zweigverein Hellingenhausen beschäftigte sich in seiner  
gut besuchten Mitglieder-Versammlung am 28. März mit dem  
Lohn- und Arbeitsstat. Es wurde besonders darauf hin-  
gewiesen, daß der Lohnsatz am 1. April auch für die  
Zimmerer in Kraft tritt. In einer lebhaften Debatte be-  
schäftigte die Versammlung sich dann mit dem Lohn der  
Junggesellen; ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Hierauf wurde  
beschlossen, bei dem Unternehmer Vardowick, der im  
Gannoverischen wohnt, aber im Bezirk Wehrden (Ham-  
burger Gebiet) eine starke Konkurrenz ausübt, durch eine  
Kommission von zwei Mann vorstellig zu werden, um ihn  
zur Anerkennung des hier geltenden Tarifes zu veranlassen.  
Einem Kranken Mitgliede und der Frau eines verstorbenen  
Kollegen wurden je M. 10 Unterstützung aus der Lokalfasse  
bewilligt.

Auf Veranlassung der Lohnkommission tagte am 22. März  
in Schönebeck eine öffentliche Versammlung aller der in diesem  
Lohnbezirk wohnenden Maurer, um die Antwort der Unter-  
nehmer auf die am 25. Januar eingeleichte Lohnforderung  
entgegen zu nehmen. Wie zu erwarten war, lehnten die  
Unternehmer eine Lohnsteigerung ab und fasten ihre Haltung  
mit dem angeblichen Mangel an Arbeit zu rechtfertigen. In  
einer erregten Debatte gaben die Kollegen ihrer Unzufrieden-  
heit mit dem durch nichts gerechtfertigten ablehnenden Ver-  
halten der Unternehmer Ausdruck. Durch eine Resolution  
soll diese den Unternehmern zur Kenntnis gebracht und sie  
darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Gesellen sich  
vorbehalten, ihre Forderung zu gegebener Zeit zu wiederholen  
und mit energischen Mitteln zur Durchföhrung zu bringen.  
Eine Aufforderung des Vorsitzenden, Kollegen Schmalz, zum  
Beitritt in die Zentralarbeitsrat der Maurer hatte den  
Erfolg, daß sich eine Anzahl Kollegen dazu meldete. Nach  
einer Aufforderung des Kollegen Schmalz, auf das Ratete



organ, die „Magdeburgerische Volksstimme“, zu abonnieren, erfolgte Schluß der Verhandlungen.

**Aus Mainz i. Rh.** wird uns berichtet: Am 31. März fand in Camen beim Wirt Herrn Debus eine öffentliche Maurerverammlung statt. Kollege Kahl Dortmund referierte über das Thema: „Zweck und Nutzen der Organisation“. Redner schilderte in freisprechender Weise die Notwendigkeit des engeren Zusammenstehens im kollektiven Interesse. Ferner bewies er durch Statistiken die Ertragsminderungen und Fortschritte des Zentralverbandes. Er legte den Anwesenden klar, daß von Jahr zu Jahr die Zahl der Mitglieder wachse, daß immer mehr Maurer zu der Einsicht gekommen wären, daß nur durch die Organisation etwas errungen werden kann. Unter Anderem rügte Kollege Kahl die Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern, wie die Unternehmern es wagen, in den Orten, wo keine Organisation besteht oder dieselbe nur sehr schwach ist, die Löhne in den Zeiten der Krise erheblich zu kürzen, „wogegen in gut organisierten Orten die Kollegen es so weit gebracht hätten, tarifmäßige Verträge mit den Unternehmern abzuschließen“. Ferner schilderte Redner die Mißstände, die im Bauwesen, hauptsächlich aber im hiesigen Industriegebiet, noch am Tage sind und in schlechten Verhältnissen, mangelhaften oder gar keinen Schutzvorrichtungen und Bauabenden bestehen, wodurch die Unfallgefahr erhöht wird. Eine Bauzentrale, ausgerüstet von sachkundigen Leuten, sei notwendig. Aber dies Alles könne nur erreicht werden durch eine starke Organisation. In der Diskussion meldeten sich noch verschiedene Kollegen zum Wort und sprachen sich in ähnlicher Weise aus. Im Punkt „Verständigung“ sprach Kollege Kahl den Wunsch aus, die Kollegen möchten das Betriebslokal, das ihnen nach vielen Mühen endlich zur Verfügung stünde, nicht verlassen. Zum Schluß forderte Kollege Wolkenau auf, eilig zu agieren, damit die fern liegenden Kollegen dem Verbande zugeführt würden. Die Verhandlung wurde mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer um 6 Uhr geschlossen.

Eine Bauhandwerkerversammlung hatte der Zweigverein Altwasser zum Dienstag, den 25. März, nach Waldenburg i. Schl. einberufen. Als Referent war Kollege Knappe aus Görlitz erschienen. Derselbe beleuchtete in einem 1½stündigen Vortrage den Bauarbeiterstand im Industriegebiet Waldenburg, und kam dabei zu dem Ergebnis, daß es damit noch schlecht bestellt sei. Die Unfallverhütungsvorschriften hängen fast an keinem Bau aus, dafür sind sie aber in den Wohnungen der Unternehmer zu finden. Die Waldenburger Polizei kümmert sich überhaupt nicht um die auf Bauten so zahlreich vorhandenen Mißstände. In seinen weiteren Ausführungen verurteilte Redner die Produktionsverhältnisse mit einem Schlußstrich, auf dem schon mancher brave Arbeiter sein Leben lassen mußte. Um auf den Bauten eine Verbesserung herbeizuführen, sei es notwendig, daß Vorrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Dahn gehört vor allen Dingen die Errichtung von Wassertrichtern, mit einem hölzernen Aufhaken versehen und im Winter heizbaren Bauabenden. Die Arbeiter mußten mit einem Dach und einer Zirk versehen sein und außerdem den ständigen und sanfteren Ansprüchen genügen. In der Diskussion sprachen einige Kollegen im Sinne des Referenten. Eine dem Vortrage entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß wies der Vorsitzende noch darauf hin, daß im Waldenburger Industriegebiet die längste Arbeitszeit herrsche und niedrige Löhne üblich seien. Jeder Kollege müsse sich der Organisation anschließen, damit hierin bald Wandel geschaffen werden könne.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

**Berlin.** Der Maurer Karl Janowski wollte Donnerstag Nachmittag, den 8. April, an dem Hause Schwerterstr. 9 den Balken des vierten Stockwerkes ausheben, dessen Belag an der unteren Kante nicht richtig geworden war. Um herauskommen zu können, baute er sich an einem Fenster des dritten Stockes gerade unter dem Balken, um höchst mangelhaftes Gerüst. Auf ein paar Stangen, die er am Fensterrahmen befestigte, legte er Bretter und auf diese stellte er eine leere Treppe. Es dauerte nicht lange, da brach er mit der Treppe zusammen und stürzte mit ihr und den Brettern in die Tiefe hinab. Mit geschmetterten Gliedmaßen auf dem Bürgersteig liegend, schrie der Unglückliche, ein Mann in den fünfziger Jahren, noch einige Male auf, dann war er tot. Die Leiche wurde durch die Revierpolizei geborgen, bis man sie nach dem Schaubause abholte.

**Wien.** Ein Gerüstesturz ereignete sich am Freitag, den 4. d. M., in der Champelstraße. Auf dem Wagner'schen Rohrgewerkschaft war behufs Reparatur eines eisernen Schornsteins ein hohes Gerüst aufgestellt worden, welches der Sturm umwarf. Bretter und Balken brachen wie Streichhölzer. Ein Teil des Gerüsts fiel auf das Dach eines Wohnhauses und richtete dort erheblichen Schaden an. Verletzt wurde glücklicherweise niemand.

**Seidberg.** Ein schwerer Unglücksfall hat sich am 4. April früh bei einem Neubau im Klingenteich Nr. 24 bei Seidberg zugezogen. Der Arbeiter E. Kallenstein war mit einem Anderen beschäftigt, die Erdmassen für die Grundmauern auszufüllen, als plötzlich gegen 8 Uhr der anstehende Gang, der infolge des andauernden Regens in verflüssigter Nacht ins Aufsteigen kam, den in der Grube arbeitenden E. Kallenstein, während es seinem Gerüsten gelang, sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die sofort angelegten Rettungsarbeiten waren mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Daß der Verunglückte lebend aus seinem Grabe herausgehoben worden ist, scheint ausgeschlossen zu sein.

**Kassel.** Eine recht schwere Augenverletzung zog sich der Maurer Otto Voigt auf einem Neubau in der Jägerstraße zu. Voigt war mit Innenebenen beschäftigt und hatte den sogenannten Kopf (Decke und Wände bis zur Mäntelhöhe) fertiggestellt. Da er aber noch nicht die genügende Festigkeit in dieser Arbeit hatte, hielten seine Kollegen, die Maurer Wehne und Seidel es für angemessen, ihm die nötige Unterweisung zu geben. Hierbei bekam er einen vollen Wurf Balken ins Gesicht, so daß er nicht im Stande war, die Augen aufzumachen. Da dies aus Unvorsichtigkeit oder bösem Willen geschehen ist, wird erst festgestellt werden müssen. Sehr zu bedauern ist aber das Verhalten der beiden Mitarbeiter des

Verletzten: Anstatt ihm sofort beizuspringen und ihm die Augen mit Öl zu reinigen, oder ihn in sofortige ärztliche Behandlung zu geben, ließen sie ihn zunächst vollständig in Stich. Erst nach Verlauf einiger Minuten, als der Verunglückte um Hilfe schrie, sah Wehne sich veranlaßt, ihm die Augen auszuwaschen, wobei Seidel es nicht unterlassen konnte, sich über den Verletzten lustig zu machen. Später wurde Voigt von einem Lehrling zum Arzt geführt. Hierbei soll Seidel nach der Beschauung des Verletzten gesagt haben: „Das kostet uns zwei Mark“ (die Arbeit wird nämlich im Accord ausgeführt). Daß der Mitarbeiter Voigt's nur an seinen ihm möglicherweise entgangenen Verdienst und nicht daran dachte, ihm Hilfe zu bringen, ist ein so herabsetzendes Verhalten, das glücklicherweise nicht sehr oft bei Arbeitern vorkommt. Aber das ist auch eine der häufigsten Begleiterscheinungen der Accordarbeit: Selbst und Mitbürger setzen sich auf den Thron und das Solidaritätsgefühl wird in die Ecke gestellt. Voigt muß noch längere Zeit in ärztlicher Behandlung bleiben, und ob er seine volle Sehkraft wiedererlangen wird, kann der Arzt heute noch nicht feststellen.

**Leipzig.** Von dem am 4. d. M. wüthenden Sturm wurde in der Bahnhofstraße in Kleinzschöcher das an einem Hause emporgestülzte Fächergerüst umgeworfen. Ein Maler, der auf dem Gerüst arbeitete, wurde herabgeschleudert und trug eine erhebliche Handverletzung davon.

**Mannheim.** Ein Zimmer aus Mundenheim fiel am 4. April etwa vier Meter hoch von einem im Hofe des Hauses R. 6. 3 aufgestellten Zimmergerüst herunter und erlitt dadurch einen Schädelbruch. Derselbe wurde in das Allgemeine Krankenhaus verbracht. — Auf die gleiche Weise verunglückte an demselben Tage Nachmittags 1½ Uhr ein 17jähriger Maurer von Zeuthenheim, welcher am Neubau Vorderstraße Nr. 31 von einem Vangerüst etwa 11 Meter hoch abstürzte und sich dadurch Verletzungen im Gesicht und einen Schädelbruch zuzog. Auch dieser fand Aufnahme im Allgemeinen Krankenhaus.

**Mühlhausen i. Th.** Der Zimmermann Friedrich Gensel ist seinen schweren Verletzungen, welche er sich bei dem schweren Baumfall am 15. März am Neubau des Herrn Jaksch in der Fienackerstraße zuzog, erlegen. (Siehe Nr. 12 des „Grundstein“). Der Verunglückte war 29 Jahre alt und wußte in einigen Wochen heimzukehren. Leider ist er zu früh ein Opfer des Schicksals der Arbeit geworden.

**Mötha.** Eine im Bau befindliche Festscheune wurde von einem plötzlich auftretenden heftigen Sturm umgeweht. Der Dacheindeckung das Dach der Festscheune, in welcher die Arbeiter Schutz vor dem Sturm gesucht hatten. Ein Maurer wurde getödtet, ein Maurer und zwei Arbeiter schwer verletzt.

**Wien.** In einem Neubau in der Grabenstraße führte am 4. April ein Gerüst, auf dem sechs Maurer mit dem Ausmauern der Treppentreppe beschäftigt waren, teilweise zusammen. Drei Mann stürzten mit herunter, kamen jedoch glücklicherweise mit dem bloßen Schrecken davon. Später wurde das Gerüst ordnungsmäßig hergestellt. Die Ursache des Zusammenbruchs ist in der Ueberladung bei der Arbeit zu suchen. Der Bau wird im Tagelohn ausgeführt, aber die Leistung auf das Schärfste angepaßt.

## Unternehmer-Kundgebungen.

**Zur Matzeier haben die im „Bund der Arbeitgeber-Verbände der L. i. S.“ vereinigten Scharfmacher in ihrer letzten Generalversammlung Stellung genommen. Die Delegierten der 17 vertretenen Verbände waren einstimmig der Ansicht, daß weder eine ganze, noch eine theilweise Freigabe des 1. Mai von den Mitgliedern zu gestatten sei. Einstimmig wurde beschlossen, daß Arbeiter, die am 1. Mai ohne stichhaltige Gründe von der Arbeit fern bleiben, zu entlassen sind und in benachteiligten Betrieben oder Werksstätten, wo sie bisher gearbeitet hatten, nicht vor dem 5. Mai wieder angenommen werden, dagegen bei anderen Arbeitgebern nicht vor dem 15. Mai d. J. Arbeit erhalten dürfen. Jedem Verbands steht es frei, die Frist bis zur Wiedereinstellung zu verlängern. Jeder Verband ist verpflichtet, diesen Beschluß seinen Mitgliedern bekannt zu geben und für strenge Durchführung zu sorgen.**

## Aus anderen Berufen.

**\* Die Stukkaturen in Breslau** sind in eine Lohnbewegung getreten. Obgleich der zwischen den Breslauer Stukkaturen und ihren Geschäften vereinbarte Lohnvertrag noch nicht abgelaufen ist, haben die drei größten Firmen, nämlich Willborn & Böhm, Mann, sowie Simmlinger & Zohbe dem Vorstande des Verbandes einen neuen Tarif eingekündigt, welcher gegen die bisher bestehenden Lohnsätze für die Geschäftsführer ganz beträchtliche Verschlechterungen bedeutet. Die Geschäftsführer erklärten diesen Tarif für vollkommen unannehmbar und beauftragte eine Lohnkommission, den Unternehmern einen neuen Tarif zu unterbreiten, der gegen den bisherigen nur unwesentliche Verbesserungen enthalte. In einer am Ostermontag abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung wurde nach längerer Debatte, die sich hauptsächlich darum drehte, ob man nicht besser für den Erlass der Accordarbeit durch die Lohnarbeit eintreten solle, gegen zwei Stimmen beschlossen, an dem von der Lohnkommission ausgearbeiteten Tarif unter allen Umständen festzuhalten; sollten aber die Unternehmungen mit den drei genannten Firmen scheitern, dann sollte mit der Forderung des Stundenlohnes an Stelle des Accordsystems hervorgetreten werden.

**\* Der Streik der Dresdener Stukkaturen ist beendet.** Die Zinnung hat sich entgegenkommend gezeigt, so daß in den meisten Geschäften die Arbeit am Freitag voriger Woche wieder aufgenommen werden konnte.

**\* Der Schuhbinderverband** hatte laut Abrechnung vom 4. Quartal 1901 einen Mitgliederstand von 7175 männlichen und 2847 weiblichen, gleich 10022 Mitgliedern. Im Vergleich zum 3. Quartal eine Zunahme von 88 männlichen und 185 weiblichen Mitgliedern. Eingetretene sind im Laufe des Quartals 686 männliche und 626 weibliche Berufsangehörige. An Aufnahmegeldern wurden von den männlichen Mitgliedern M. 427,50 und von den weiblichen M. 137,20 gezahlt. Beiträge wurden entrichtet von den männlichen Mitgliedern 85 908 = M. 20 067,80 und von den weiblichen 31 469 = M. 4718,85. Nach dem durchschnittlichen Mitgliederstand des Quartals betrug die Durchschnittsleistung eines männlichen Mitglieds 12,04 Beiträge = M. 4,21 und die eines weiblichen Mitglieds 11,8 Wei-

träge = M. 1,69. Gegenüber dem 3. Quartal ist die Beitragsleistung bei den Männern um 11 1/2 und bei den Weibern um 3 1/2 höher geworden. Die Verbandskasse verfügte über eine Einnahme von M. 25 231,44; neben dem von den Zahlstellen und Gauen eingeleiteten Betrag von M. 19 698,19, sind die wesentlichen Posten die Einnahmen des Verbandsorgans mit M. 421,06 und der Beitrag an Jüden aus angelegten Kapitalien mit M. 6061,56. An Ausgaben hatte die Verbandskasse M. 9107,55; die bedeutendsten davon sind diese für das Verbandsorgan mit M. 4942,62. Die Mehrerlöse der Verbandskasse betrugen M. 16 823,89, so daß das Vermögen des Verbandes, soweit es in der Hauptkasse direkt enthalten ist, sich auf M. 187 679,16 beläuft.

**\* Das Resultat der Urabstimmung** über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Holzarbeiterverband ist nach einer Abstimmung des Vorstandes im „Holzarbeiter“ folgendes: Insgesamt haben 48 901 Mitglieder abgestimmt, davon 24 666 mit Ja und 24 035 mit Nein. Es beträgt somit die Mehrheit für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung 831 Stimmen. Die gleichzeitige Abstimmung über die Beiträge 50 Pf. ergab als Resultat, daß von den mit Ja Stimmenden sich erklärten 12 159 für 35 A., 11 866 für 40 A., 445 für 35 oder 40 A., während 396 die Antwort schuldig blieben oder unbestimmt antworteten, theilweise auch gegen eine Beitragserhöhung stimmten.

**\* Der Schweizerische Gewerkschaftsbund** zählt nach dem letzten für die Jahre 1900 und 1901 erschienenen Tätigkeitsberichte des leitenden Bundeskomitees 30 Verbände und 26 000 Mitglieder, doch ist die Zahl der Letzteren thatsächlich um mehrere Tausend höher, da nicht für alle Mitglieder an den Gewerkschaftsbund Beiträge gezahlt werden. Der Gewerkschaftsbund hatte Jres. 128 697-Einnahmen und Jres. 123 814 Ausgaben, sowie Ende 1901 einen Vermögensbestand von Jres. 8750. Von den Ausgaben entfallen Jres. 60 720 auf Unterstützung von Streiks und Genossengeldern, Jres. 9680 auf Agitation und Delegation, Jres. 9570 auf Besoldungen, Jres. 23 843 auf Druckkosten, Post, Prospekten etc. Die „Arbeiterstimme“, das Organ des Gewerkschaftsbundes, zählt 4000 Abonnenten, hat aber infolge erheblicher Reduktion des Abonnentenbeitrages in den beiden Vorjahren einen „Zeitlohn“ von über Jres. 1000 gemacht. Streiks kamen in den beiden Jahren 55, Lohnbewegungen 62, zusammen 117 Konfliktfälle, vor. Von den Streiks hatten 29 einen vollen, 15 einen theilweisen und 11 keinen Erfolg, von den Lohnbewegungen verliefen für die Arbeiter 48 günstig, 7 theilweise günstig und ebenfalls 7 ungünstig. Der langwierigste, unglückliche und kostspieligste Kampf war der Luzerner Glaserstreik, der über Jres. 30 000 kostete. Ueber die vor zwei Jahren beschlossene Neutralisierung des Gewerkschaftsbundes flagt der Bericht, daß sie sich nicht bewährt hat. „Nebenall“, heißt es da, „haben sich katholische Arbeitervereine gegründet und befinden in der Mehrzahl aus Mitgliedern, welche aus unseren Gewerkschaften ausgestiegen sind; somit haben wir auf dieser Seite eher einen Rückschritt zu verzeichnen.“ Um Uebigen ist der Gewerkschaftsbund trotz dieser verlässlichen ultramontanen Politik in fortwährender Erklarung begriffen.

**\* Die Ausperrung im Vangerverbe zu Amsterdam.** Eine allgemeine Versammlung der freien und ausgesperrten Bauarbeiter und Maurer beschloß sich am vorletzten Sonntagabend mit dem Vorstoß der Konkrete, die kürzlich unter dem Vorsteh der Bürgermeisters stattgefunden hat, die Differenzen einer Kommission zu überweisen, deren Beschlüssen sich beide Parteien unbedingt unterwerfen sollten. Die Versammlung erklärte den Vorstoß für unannehmbar. In einer Resolution, die angenommen wurde, wird borgelegt, daß es gerade die hindernden Beschlüsse der Kommission von 1900 waren, die die Maurermeister damals anerkannten, jetzt aber nicht mehr anerkennen wollen. Es wird verlangt, daß die 1900 festgelegten Tarife, die bis zu der Ausperrung von 97 p. H. der Maurermeister umgehoben wurden, wieder anerkannt werden und daß keine Maßregelungen mehr stattfinden. Die übrigen Streitpunkte sollen einer gemeinsamen Kommission überwiehen werden. — Die Unternehmern werden in ihrem Kampf gegen die Arbeiter von den Lieferanten von Baumaterialien in Amsterdam eifrig unterstützt durch den Vorschlag solcher Unternehmer, die trotz der beschlossenen allgemeinen Ausperrung arbeiten lassen. Die Amsterdamer Lieferanten haben an ihre Kollegen in anderen Städten die Aufforderung gerichtet, keine Baumaterialien nach Amsterdam zu liefern.

## Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

**\* Ueber den Begriff des Betriebsunfalles** nach und von der Betriebsstätte hat kürzlich das Reichsversicherungsamt eine neue Entscheidung gefällt. Sie lautet: „Unter Betriebsstätte“ oder Betriebsgebiet ist die Gesamtheit der Räume zu verstehen, über welche der Unternehmer zu Betriebszwecken verfügt. Hiernach gehören auch die auf demselben Grundstücke liegenden Zugänge und Zufahrten zur eigentlichen Betriebsstätte, wenngleich die Verfügungsgewalt des Unternehmers über diese Zugänge und Zufahrten infolge von gleichzeitiger Benutzungsrechte Anderer nur eine beschränkte sein mag. Die aus dem Verkehr auf solchen Zugängen oder Zufahrten für den Arbeiter entspringenden Gefahren sind daher Betriebsgefahren. Unfälle, welche einen Arbeiter innerhalb der Betriebsstätte auf dem Gange zu seiner dort gelegenen Wohnung treffen, können sehr wohl als Betriebsunfälle angesehen werden, sofern nur dabei eine ausreichend erkennbare Beziehung zum Betriebe abgewandelt hat. Dabei ist es unerheblich, wenn der Arbeiter die Betriebsstätte nur zum Zwecke der Befriedigung seines persönlichen Erholungs- und Nahrungsbedürfnisses innerhalb der erlaubten Zeit verläßt.“

## Polizei und Gerichte.

**\* Angetretene Vereinsbeamte.** Wegen Unterschlagung von M. 63,45 beurlaubter Verbandsbeiträge wurde vom Schöffengericht in Magdeburg der Maurer Hermann Pils aus Hermerleben am 5. Monats Gefängnis und zweijährigem Ehrverlust verurtheilt. Pils war von dem Zweigverein Hermerleben als Vertreter des „Grundstein“ angestellt und zugleich beauftragt worden, die Verbandsbeiträge einzuzahlen. Er zog zwar die Beiträge ein, leistete sie aber an die zuständige Stelle nicht ab, sondern verbrauchte sie im eigenen Interesse. Erfordernd für die Streikunterstützung kam für ihn in Betracht, daß er bereits wegen Eigenschaftsvergehen, zuletzt mit zwei Jahren



Gefängnis vorbestraft war. Es bleibt unverständlich, wie man einen solchen Menschen mit einem solch verantwortungsvollen Posten betrauen konnte. Wenn auch den leitenden Kollegen die Vergangenheit des Pils, soweit keine Straftaten in Betracht kommen, unbekannt sein möchte, so konnte ihnen die Mord-, die er in unserer Mordbühnen Strafbewegung im Jahre 1893 gespielt hat, keineswegs verborgen geblieben sein. Nicht genug, daß er damals dem Untersuchungsamt als „Arbeitswilliger“ sich zur Verfügung stellte, hielt er es im Gefühle seiner staatsverfehlenden Tätigkeit auch noch für seine Pflicht, die Kollegen durch und durch bei der Staatsanwaltschaft zu denunzieren und ihre Verhaftung herbeizuführen. Die Kollegen sollten bei der Auswahl ihrer Zweigvereinsbeamten etwas vorsichtiger sein, um sich und den Verband vor Schaden zu bewahren.

**Der Erpressung, Bedrohung, Mithigung usw.** solltet sich acht Maurer in Bremen begreifbar gemacht haben, weshalb sie sich am 22. März vor der Strafkammer des dortigen Landgerichts zu verantworten hatten. Der Sachverhalt ist folgender: Am 20. Mai 1901 vereinbarte die Lohnkommission mit dem Unternehmer Dierand, der in Schöningen einen Bau auszuführen hatte, daß für diesen Bau derselbe Stundenlohn gültig sein solle, der in Bremen üblich ist, nämlich 42  $\frac{1}{2}$ . Am darauffolgenden Sonnabend zu Mittag belamen die acht Angeklagten unter dem Vorwand, daß sie träge seien, Dierand und erhielten einen Stundenlohn ausbezahlt, der den Abmachungen nicht entsprach. Hiermit waren die Arbeiter nun keineswegs einverstanden, sondern sie beriefen sich auf die Abmachungen und forderten Nachzahlung des zu wenig erhaltenen Lohnes. Bei dieser Gelegenheit sollen die Arbeiter die oben erwähnten Straftaten begangen haben. Als Belohnungsgezeiten waren der Unternehmer Dierand und zwei Andere, die den Vorgang mit angesehen hatten, erschienen, während acht Entlassungszeugen der Maurer Josefthal und ein Zimmermann geladen waren. Die Verhandlung endete mit Freisprechung sämtlicher acht Angeklagten unter Belassung der Staatskasse mit den Kosten. Bei der Zeugenaußsage stellte sich heraus, daß der Hauptzeuge Dierand eine Lüge geäußert habe, sie hat ihn auch sehr geschmerzt, aber er ist ihm applaudiert, konnte nicht festgehalten werden, weshalb Freisprechung erfolgen mußte.

**Die beachtenswerte Entscheidung, betreffend das preussische Vereinsrecht,** hat das Kammergericht kürzlich gefällt; es hat dahin entschieden, daß ein Verein nicht verpflichtet ist, die Zusammensetzung des neu gewählten Vereinsvorstandes der Polizei mitzuteilen. Der Entscheidung lag folgender Fall zu Grunde:

Der Arbeiter-Verein in Friedrichsdorf war von der Polizeibehörde in seiner Eigenschaft als Vorsteher des Deutschen Arbeitervereinsverbandes, Abteilung Friedrichsdorf, aufgesperrt worden, binnen drei Tagen den neu gewählten Vorstand anzugeben. W. weigerte sich dessen, da er sich nach § 2 des Vereinsgesetzes hierzu nicht verpflichtet erachtete. Die Polizeibehörde beantragte infolge dieser Weigerung den Erlass eines Strafbeschlusses gegen W. Auf den von diesem erhobenen Einspruch erkannte das Schöffengericht zu Kiel auf Freisprechung des Angeklagten, da eine anderweitige Zusammensetzung des Vorstandes keine Veränderung im Mitgliedsbestande des Vereins darstelle. Die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung wurde von der zweiten Strafkammer des Landgerichts zu Kiel verworfen. Dabei beruhte sich die Staatsanwaltschaft nicht, sondern rief das höchste Gericht an. Der Oberstaatsanwalt beantragte Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung der Sache in die Vorinstanz; denn, so führte er aus, die Polizei habe ein berechtigtes Interesse, über die Zusammensetzung des Vorstandes unterrichtet zu sein, und es müsse ihr deshalb die verlangte Auskunft erteilt werden. Der Strafsenat des Kammergerichts wies nach dem „Berliner Tageblatt“ die staatsanwaltschaftliche Revision zurück und legte der Staatskasse auch die Kosten der Verteidigung auf. Nach § 2 des Vereinsgesetzes besteht für den Vereinsvorstand nur die Pflicht, Statuten sowie Mitgliederverzeichnis einzureichen und darauf bezügliche Auskunft zu erteilen. Wollte die Polizei die Zusammensetzung des Vorstandes erfahren, so müsse sie sich auf andere Weise davon Kenntnis verschaffen. Die Hilfe des Vorstandes sei hierzu durch das Gesetz nicht erzwingbar.

## Verschiedenes.

**„Sie leben und genießen.“** Die Macher einiger kapitalistischer Zeitungen haben wieder einmal ihre recht stumpfe Berührung, um die kürzlich im „Grundstein“ veröffentlichte Jahresabrechnung des Zentralverbandes der Maurer herunterzureißen. Die Dummheit und Niedertracht der „Mittelständischen Zeitung“, dem Organ der Gruben- und Hüttenbarone, läßt sich also bemerken:

„Eine interessante Abrechnung“ die beweist, daß sie doch leben und genießen.“ Die Abrechnung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands liegt uns sehr in allen ihren Einzelheiten vor; sie ist ein interessantes Merkmal, das jeder Agitator nur mit Vergnügen lesen wird. Die an der Spitze des Verbandes der Maurer Deutschlands stehenden Genossen „leben und genießen“. Der Verband hat eine Einnahme von M. 1115 189, die Zahl der Ausgabenposten ist ziemlich groß, aber wir finden nicht viele, bei denen die Macher leer ausgegangen sind. Zu dem 6. Verbandsjahr in Mainz wurden M. 20 394 ausgegeben; die Zahl der Delegierten war nur sehr gering, die Bezahlung muß also pro Kopf sehr hoch gewesen sein, höher wohl noch als die zahlreichen Aufsichtsräte, über deren große Reisekosten die sozialdemokratische Presse fortwährend laute Klagen führt. Für Agitation an die Gauhäuser wurden M. 26 442, für sonstige Agitation M. 31 983 verausgabt, und für die M. 680 000 konnten sich die Herren Agitatoren recht gute Tage machen. An Beamteneinkünften wurden M. 18 609 gezahlt; auch keine kleine Summe für die Agitatoren, aber sie hatten noch viele Nebeneinkünfte. Die Reisen zwecks Kontrolle der berichtenden Strafsenat M. 2694, zwecks Revision M. 815, eine gemeinschaftliche Konferenz des Vorstandes und des Aufsichtsrates M. 495. Das Verbandsorgan, das in einem sehr dürftigen Umfang erscheint, macht einen Kostenaufwand aus der Verbandskasse von M. 86 751 notwendig, das ist sehr viel; das Blatt erscheint alle Wochen nur einmal im dürftigen Gewande (Papier, Druck), es erfordert also jede Nummer einen Aufschuß von M. 1600. Schade,

daß eine detaillierte Abrechnung nicht vorliegt, ein Blatt eines Verbands, der über 80 000 Mitglieder hat, darf doch solche enormen Aufschüsse nicht erfordern. Für Strafsenat wurden ausbezahlt M. 423 205, darunter für den Streit in dem kleinen Deutschen Gommern M. 147 124, es folgt Halle mit M. 142 083. Daß bei solchen Strafsenat die Agitatoren nicht leer ausgehen (sie sind Leiter, Richter und bezeugen) ist bekannt. In der ganzen langen Reihe der Ausgabenposten finden wir nicht einen einzigen, der für einen sozialen Zweck der Mitglieder verwendet ist. Die Agitatoren leben und genießen und das ist doch etwas.“

Es dürfte für unsere Leser genügen, diese blödsinnige Schmiererei niedriger zu hängen. Um die Witzbegierde der Macher von der „Mittelständischen Zeitung“ aber doch in etwas zu befriedigen, wollen wir ihr hiermit kund thun, daß den Mitgliedern des Maurerverbandes das Jahresabonnement des im „dürftigen Umfang und Gewande“ wöchentlich einmal erscheinenden Jahrganges noch nicht ganz M. 1,10 kostet, pro Woche also etwas über 2  $\frac{1}{2}$ . Die Summe von M. 86 751 ist nämlich kein „Aufschuß“, sondern das Abonnement für sämtliche Mitglieder des Verbandes. Wir bezweifeln, daß die Macher der „Mittelständ.“ im Stande sind, ein ähnlich „dürftiges Blattchen“ für diesen Preis herauszugeben zu können. Ganz bestimmt müßten die Direktoren, Geschäftsführer, Redakteure z. sich ganz gewaltige Aufschüsse von ihrem Agitatoren-Sold. gefallen lassen und trotz allem würden die Aktionäre keine Dividenden und die Aufsichtsräte keine Zantimonien und Spesen erhalten können.

**Wie es gemacht wird,** um Beiträge zur Errichtung einer Wismarschule zusammen zu sammeln, zeigt eine Mitteilung in der „Hildesheimer Zeitung“. Darin steht u. a.: Durch Herrn Architekt Wenig gesammelt bei seinem Personal und Anderen M. 283,85. Darunter drei Pariserer mit je M. 3, zwei mit je M. 1, ein Geselle M. 1,50, drei je M. 1, 26 Gesellen je M. 50, drei je 30  $\frac{1}{2}$  und einer mit 25  $\frac{1}{2}$ . Sogar die Lehrlinge sind nicht verschont worden; drei davon haben je 50  $\frac{1}{2}$ , zwei je 25 und einer 20  $\frac{1}{2}$  zur „Ehrung“ Wismars beigetragen. — Ueber die „Freiwilligkeit“ der Gaben herrscht wohl kein Zweifel; wir zeigen sogar der Meinung zu: Die Gesellen, Arbeiter und Lehrlinge haben den Unternehmer förmlich bestimmt, sie bei der Sammlung doch ja nicht zu übergehen. Diese unsere Meinung wird bekräftigt durch den Hinweis, daß sich unter den Hildesheimer Maurern viele enragierte Preussensoldaten befinden, die dem tausendsten Gros zu Ehren sonst was hätten. Es kommt auch noch hinzu, daß Architekt Wenig (er gehört zum Vorstand der „Mittel.“) ein den Arbeitern sehr wohlwollender Herr ist. Als im vorigen Jahre der Gesellenauschuss sich erlaubte, Namens seiner Mandatgeber um eine Lohnerhöhung nachzugehen, hat Herr Wenig dies Gehör abgelehnt mit dem Hinweis, daß die Mitglieder des Gesellenauschusses ja recht wohlgeändert aussehn. Es läßt sich wohl mit Bestimmtheit vermuten, daß Herr W. die Lohnerhöhung aus purer Arbeiterfurcht (wie leicht hätten die Gesellen plagen oder an Festung zu Grunde gehen können) abgelehnt hat. Und daß die Gesellen, Arbeiter und Lehrlinge bei der Sammlung für die Wismarschule so bereitwillig auf den Wunsch ihres Herrn Weikers eingegangen sind, ist daher wohl auch in erster Linie auf Dankbarkeit für die Errettung aus großer Lebensgefahr zurückzuführen. — Aus all diesen Gründen können wir uns auch gar nicht mit der Bemerkung der „Hildesheimer Zeitung“ einverstanden erklären, daß bei der Sammlung ein moralischer Zwang ausgeübt worden sei. So was gibt es ja gar nicht. „Freiwillig“ geben die Arbeiter ihr letztes Hemd her zur Ehre der Unternehmer und Wismars.“

**Mindestlöhne in Submissionsbedingungen.** Im Anschluß an die Notiz in Nr. 9 unseres Blattes können wir mitteilen, daß die städtische Lohnkommission in Straßburg i. E. für nachfolgende Arbeiterkategorien Mindestlöhne festgesetzt hat, die zu zahlen die Unternehmer von städtischen Arbeiten sich verpflichten müssen. Der Mindestlohn soll pro Stunde betragen: 1. für Steinhauer zum Bearbeiten von Granitsteinen 55  $\frac{1}{2}$ ; 2. für Steinhauer zum Bearbeiten von Kalksteinen 55  $\frac{1}{2}$ ; 3. für Kesselmacher, Bementeure und Schieferbedeker 45  $\frac{1}{2}$ ; 4. für Wipser, Wäfer, Dekorationsarbeiter, Pfisterer und Parquetleger 40  $\frac{1}{2}$ ; 5. für Maurer, Zimmerleute, Klempnerarbeiter, Schreiner, Schlosser, Maler, Kleber, Gas- und Wasserleitungsarbeiter, Zepfhalter oder Heizer und Wagenschmiede 35  $\frac{1}{2}$ ; 6. für Tapezierer und Wagner 32  $\frac{1}{2}$ ; 7. für Schmiedefeger 30  $\frac{1}{2}$ ; 8. für ungelernte Arbeiter 27  $\frac{1}{2}$ . — Straßburg ist unseres Wissens die erste deutsche Stadt, in der seitens der Gemeindeverwaltung eine Lohnklausel in die Submissionsbedingungen und Lieferungsverträge aufgenommen ist. Die Art und Weise der Lohnfestsetzung und die Höhe des Lohnes entspricht aber keineswegs dem Verlangen der Arbeiterschaft. Der Lohnhöhe nach zu urteilen, dürften die Arbeiter resp. ihre Vertreter bei der Festsetzung der Löhne kaum gehört worden sein, denn anders läßt es sich nicht erklären, daß z. B. der für Maurer festgesetzte Mindestlohn tiefer unter dem sonst in Straßburg gezahlten Durchschnittslohn steht. Nach einer Statistik des Zentralverbandes der Maurer aus dem Jahre 1900 haben in Straßburg 603 Maurer Angaben über die Höhe des ihnen gezahlten Stundenlohnes gemacht; darnach erhielten 3 Gesellen 30  $\frac{1}{2}$ , 3: 32, 28: 34, 24: 35, 103: 36, 31: 37, 141: 38, 177: 40, 2: 41, 45: 42, 7: 43, 8: 44, 23: 45 und 4: 60  $\frac{1}{2}$ , so daß der Durchschnittslohn 38  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  betrug. Dieser Satz als Mindestlohn genommen, ist für eine Stadt wie Straßburg auch noch viel zu niedrig, und es wäre wohl am Platze gewesen, wenn die Gemeindebehörde bei dieser Gelegenheit ihre Autorität eingesetzt hätte, um das durchaus traurige Lohnniveau zu heben. Statt dessen trägt die Behörde dazu bei, die Löhne herabzudrücken. Denn andere Folgen kann die von der Gemeindebehörde betriebene Lohnfestsetzung für die Maurer nicht haben, wenn diese selbst nicht in der Lage sind, die Unternehmer zur Zahlung höherer Löhne zu zwingen.

## Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag). Mit dem 27. Heft des 30. Jahrganges beginnt ein neuer Halbjahresband. Die Zeitschrift hat mit diesem Heft ein Gewand erhalten, das modernen typographischen Ansprüchen gerecht wird. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das große Kesselfeilen. Die Landarbeiterfrage in Dänemark. Von H. Hofer (Großstaatsrat). — Die Arbeiterfrage in Spanien. Von Antonio Garcia Navejo. — Sozialpolitische Umschau. Von Emanuel

Burn. — Splitter. — Literarische Umschau: B. Schenker. Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Halle a. d. S. — Freiwille: Briefe von Karl Marx an Dr. A. Rugelemann.

**„Der Wahre Jacob“,** Nr. 8 seines 19. Jahrganges. Sammlische Illustrationen und Zeitbilder dienen dem Kampf gegen Agrarierthum und Jochwucher, so daß die Nummer ein wirkungsvolles Agitationsmittel für die Postkampagne darstellt.

**„In Freien Stunden“,** Heft 8-14. Die von uns schon wiederholt empfohlene illustrierte Romanbibliothek, welche die Buchhandlung Bormanns in 10  $\frac{1}{2}$  Heften herausgibt, bringt jetzt neben dem padenden Roman „Der Wastard“ von Spindler noch Abichs von Gortis „Dämonen“ den ergreifenden Roman von Loti: „Ein Seemann“.

**„Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch“** von Max Schippel, Heft 17-22. Die Hefte enthalten u. a. Artikel über: Handelsverträge, Hausindustrie, Lex Heine, Innungen, Internationaler Arbeiterkongress.

**Geistiges Proletariat, Frauenfrage und Sozialismus.** Von Clara Zetkin, Verlags-Buchhandlung Bormanns, Berlin. Der Preis beträgt 25  $\frac{1}{2}$ .

**Arbeiter-Bildungsschule, Berlin.** Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15, Hof links, 2 Tr. Bezahlung für das 2. Quartal 1902.

Unterrichtsfach	Behandelter Stoff	Lehrer	Unterrichts-Abend
Geschichte	Die Literatur-Geschichte von Luther bis zur Gegenwart	Schiffstiller Dr. Rud. Steiner	Dienstag
National-Ökonomie	Börsen und Banken.	Schiffstiller Georg Bernhardt	Donnerstag
Neben-Übung	Übungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz	Schiffstiller Dr. Rud. Steiner	Freitag

Der Unterricht beginnt in Geschichte Dienstag, den 15. April; National-Ökonomie Donnerstag, den 17. April; Neben-Übung Freitag, den 18. April. Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich 10  $\frac{1}{2}$  Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25  $\frac{1}{2}$ ; das Unterrichtsgeld für jedes Jahr beträgt pro Kursus M. 1 und ist am zweiten Abend zu zahlen. — Der erste Abend jedes Kursus steht Jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schulloft, Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15, Hof links II, und in nachstehenden Adressen: Gottfried Schulz, Altmühlstr. 40a; Neul, Varnhimerstr. 42; Vogel, Dammstr. 32; Krause, Mühlstr. 7a. — Alle Zuschriften sind an den Vorstehenden Hermann Gamm, Berlin SW, Wöhrnerstr. 101, 17, Gelbungen an den Kassierer S. Königs, Berlin S 59, Gohsenhaide 50, zu senden. Der Vorstand.

## Briefkasten.

**Königsbitter und Spandau.** Versammlungsangelegenheiten zu spät ein.

**Rehau, S. M.** Das Gemeindefreiwort wird überall verschieden ausgelegt. Das Nähere darüber bestimmen die Gemeindefreiwörter. Hat eine Auslösung stattgefunden, so wird das Loos in der Regel vom Gemeindevorsteher gezogen.

## Zentralverband der Maurer.

### Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

#### Protokolle vom letzten Verbandstag.

Einige Zweigvereine haben, trotz wiederholter Mahnung, mit den Protokollen vom letzten Verbandstag noch nicht abgerechnet. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß die Abrechnung jetzt erfolgt.

#### Die Revisoren

In den Zweigvereinen wie auch die Revisoren der Gauhäuser werden daran erinnert, daß die uns einzuwendende Quartalsabrechnung gründlich revidiert und unterzeichnet sein muß. Anherber sind die Revisoren regelmäßig mindestens alle vier Wochen einmal einer Revision zu unterziehen.

#### Sterbunterstützung.

In letzter Zeit ist es öfter vorgekommen, daß die für die Auszahlung der Sterbunterstützung festgesetzten Normen nicht beachtet wurden. Wir bringen dieselben daher von Neuem in Erinnerung:

1. Sterbunterstützung darf nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden.
2. Bei eintretenden Todesfällen ist seitens des betreffenden Zweigvereinsvorstandes ein amtlicher Todtenschein (Sterbendeckung) und das vollständig geordnete Mitgliedsbuch einzulegen. In Fällen, wo ein Mitgliedsbeitrag nicht eingezahlt ist, muß auch die Unterhaltungsforderskarte mit eingeleitet werden.
3. Wenn auf dem Todtenschein das Alter und die Todesursache nicht angegeben ist, dann müssen darüber Angaben gemacht werden.
4. Mitgliedsbeiträge sind auch, wer der berechnete Empfänger der Unterstützung ist. Hierfür ist folgende Regel zu beachten:



Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Neer & C.  
in Hamburg.